FVDZ Bayern fordert Regulierung für Zahnarztpraxen gegen Investoren

FVDZ Bayern fordert dringende Regulierung von investorenbetriebenen MVZ. Ohne Gesetz droht wachsende Gefährdung zahnmedizinischer Versorgung auf dem Land.

Regulierung der iMVZ: Ein notwendiger Schritt für die Zukunft der Zahnmedizin

Inmitten der wachsenden Besorgnis über die finanzielle Einflussnahme in der Zahnmedizin hat der FVDZ Bayern die Dringlichkeit einer Gesetzgebung zur Regulierung der investorenbetriebenen medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) hervorgehoben. Diese Forderung unterstützt die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB) und stellt eine Antwort auf die wachsenden Bedenken der Zahnarztgemeinschaft dar.

Der Hintergrund der Forderung

Die Ankündigung von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach im Dezember 2022, eine strengere Regulierung für iMVZ einzuführen, hat zwar Hoffnung geweckt, jedoch ist seitdem nur wenig passiert. Der FVDZ Bayern betont, dass es an der Zeit sei, die Worte in Taten umzusetzen, um eine zukunftssichere zahnmedizinische Versorgung zu gewährleisten.

Die Konsequenzen der Untätigkeit

Die Ausweitung internationaler Investoren in die ambulante

zahnärztliche Versorgung könnte erhebliche Folgen haben. Christian Deffner, Landesvorsitzender des FVDZ Bayern, warnt, dass ohne klare Regulierungsmaßnahmen das Risiko eines Praxissterbens steigt, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo die zahnmedizinische Versorgung oft bereits angespannt ist. „Der Zahnarztberuf ist und bleibt ein Freier Beruf, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist“, erklärt Deffner und hebt die Notwendigkeit hervor, dass die Entscheidungskompetenz bei den Zahnärzten bleibt.

Die Rolle des Gesetzgebers

Die Landesversammlung des FVDZ Bayern hat sich im Juni 2024 zudem an das Bundesministerium gewandt, um ein Regulierungsgesetz für iMVZ zu fordern. Hierbei wird auf den Maßnahmenkatalog des Bundesratsbeschlusses vom 16.06.2023 verwiesen, der förderliche Regelungen enthält, die nicht nur für Zahnärzte, sondern auch für die Patienten eine Verbesserung der Versorgungsbedingungen versprechen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Diskussion über die Regulierung der iMVZ zeigt deutlich die Spannungen, die zwischen der Notwendigkeit einer verantwortungsvollen zahnmedizinischen Versorgung und den Interessen der privaten Investoren bestehen. Der FVDZ Bayern fordert eine zügige Umsetzung entsprechender Gesetze, um die Integrität des zahnärztlichen Berufes zu schützen und eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Ob und wann diese Veränderungen tatsächlich erfolgen werden, bleibt abzuwarten, doch die Rufe nach Aktion werden lauter.

Die aktuelle Debatte trägt nicht nur zur Sensibilisierung für die Herausforderungen des Gesundheitssektors bei, sondern beleuchtet auch die entscheidende Rolle, die gesetzliche Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung der Zahnmedizin spielen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de